



Liebe Mitglieder, liebe Freunde der CDL!

Im Juli dieses Jahres soll ein neu entwickelter vorgeburtlicher Bluttest der Firma „LifeCodexx“ aus Konstanz („PraenaTest“) auf den Markt kommen. Mit einem einzigen Tropfen Blut der Mutter kann mit hoher Wahrscheinlichkeit festgestellt werden, ob das Kind im Mutterleib Down-Syndrom hat. Wozu aber dient der Test? Das Down-Syndrom ist weder „heilbar“ noch therapierbar. Bei Menschen mit Down-Syndrom ist das 21. Chromosom einfach drei Mal vorhanden. Die Menschen „leiden“ auch nicht am Down-Syndrom, sondern allenfalls an den Reaktionen in ihrer Umwelt. Schon heute wird ein Kind bei der Diagnose „Trisomie 21“ in über 90 % der Fälle abgetrieben, obwohl die „eugenische Indikation“ eigentlich abgeschafft ist. Der Test dient also nicht medizinischen oder therapeutischen Zwecken, sondern fast ausschließlich der Selektion von Menschen mit Down-Syndrom. Auf ein anderes Ergebnis kann man eigentlich nur kommen, wenn man die Tötung eines Kindes mit Down-Syndrom bereits als medizinischen oder therapeutischen Zweck anerkennt.

Der Test ist damit nicht nur in höchstem Maße diskriminierend, sondern auch illegal. Vorgeburtliche genetische Untersuchungen sind nach dem Gendiagnostikgesetz nur zu medizinischen und therapeutischen Zwecken zulässig. Dies gilt im übrigen in Deutschland seit Inkrafttreten des Gendiagnostikgesetzes vor zweieinhalb Jahren auch für die Fruchtwasseranalyse. Soweit diese Methode den Zweck hat, Menschen mit Down-Syndrom aufzuspüren, ist auch sie illegal.

Das nun vorliegende Gutachten von Prof. Gärditz bestätigt, dass der PraenaTest gegen das Gendiagnostikgesetz verstößt. Anwender der Tests müssen deshalb unter Umständen mit strafrechtlichen Folgen nach dem Gendiagnostikgesetz rechnen. Beim PraenaTest handelt es sich darüber hinaus nicht um ein verkehrsfähiges Medizinprodukt, da es die Sicherheit und Gesundheit der Ungeborenen gefährdet, wie das Gutachten verdeutlicht. Die zuständigen Landesbehörden sind ermächtigt, zu verhindern, dass der PraenaTest in Verkehr gebracht wird. Ebenso stellt das Gutachten klar, dass der PraenaTest weder Leistung der gesetzlichen Krankenkasse noch einer privaten Krankenversicherung werden darf.

Nachwuchs nur, wenn er gesund und nicht behindert ist

Der Druck auf Paare, alle vorhandenen, vermeintlich „einfachen“ Untersuchungen machen zu lassen, wird mit dem Bluttest und anderen neuartigen Gendiagnostikverfahren steigen. Ebenso das Unverständnis, wenn eine Frau ein Kind mit Down-Syndrom austrägt. Man wird ihr die Verantwortung für die Behinderung des Kindes zuschieben. Falls sie den Test erst gar nicht machen lassen will, wird man ihr Fahrlässigkeit vorwerfen. Die jetzt schon unzureichende Beratung in den Arztpraxen wird noch weniger werden. Genauso die Auseinandersetzung mit der Frage, was ein Leben mit Behinderung bedeuten kann. Einfach „guter Hoffnung sein“ wird es nicht geben. Vielmehr ist von vornherein klar, in welche Richtung es gehen soll: Nachwuchs ja, aber nur, wenn er gesund und nicht behindert ist.

Wollen wir wirklich in einer Gesellschaft leben, in der Grenzen wie selbstverständlich immer weiter verschoben werden? Man braucht sich ja nur die Geschichte der Pränataldiagnostik anzuschauen: Vor 40 Jahren, als die Pränataldiagnostik eingeführt wurde, hieß es noch, sie sei nur für Ausnahmefälle gedacht, etwa wenn Kinder nicht lebensfähig seien oder direkt nach der Geburt verstürben. Wie scheinheilig, schon damals. Und jetzt macht man einen Bluttest auf Down-Syndrom, der schnell zum Standard werden wird. Für die Herstellerfirma und für die ihn einsetzenden Ärzte bedeutet der Test ein gutes Geschäft. Zu viele Fragen, zu viel Information oder gar Kontakt mit Eltern, die schon ein Kind mit Down-Syndrom haben, stören da anscheinend nur.

Herzlich grüßt Sie
Ihr

Behindertenbeauftragter der Bundesregierung
Stellvertr. Bundesvorsitzender der CDL

CDL-Erzgebirge organisiert Schweigemarsch gegen Abtreibung

Am 14. Mai 2012: Schweigemarsch mit 400 Teilnehmern vom Erzgebirgsklinikum zum Marktplatz der sächsischen Kreisstadt Annaberg-Buchholz. Mit dabei waren mehrere Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter verschiedener Lebensrechtsbewegungen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, Steffen Flath (Dresden), dankte den Teilnehmern, „dass sie in einer so unbequemen Frage ein öffentliches Bekenntnis abgeben“.

„Du sollst nicht töten“ sei ein Gebot Gottes – und Menschen seien gut beraten, die Gebote Gottes zu halten. Jesus Christus habe aber auch gesagt: Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten



Schweigemarsch vom Erzgebirgsklinikum zum Marktplatz der sächsischen Kreisstadt Annaberg-Buchholz.

Stein. Deshalb sei der Schweigemarsch keine Anklage gegen Menschen, die schuldig geworden sind, sondern ein „Werben für das Leben“.

An die Männer gerichtet, betonte Flath, dass es unanständig sei, eine Schwangere im Stich zu lassen. Und wer einer Schwangeren zur Abtreibung rate, der belade sich mit Schuld. Eltern und Großeltern bat der Landespolitiker, werdende Mütter für das Leben zu ermutigen und Hilfen anzubieten.

Es ist „keine Schande, Hilfe anzunehmen“

„Du bist mein Kind und ich liebe dich über alles“. Die Studentin Janin Uhlig (Chemnitz) verlas auf dem Annaberger Marktplatz einen Brief, den sie an ihr eineinhalbjähriges Kind geschrieben hat.

Als allein lebende 19-Jährige sei sie nach Bekanntwerden der Schwangerschaft unter der schweren Last der Entscheidung zusammengebrochen. Sie sei noch nicht bereit gewesen, „eine

Mama zu sein“. Vieles habe gegen das Kind gesprochen. Einen Beratungsschein, der eine Abtreibung ermöglicht, hatte sie bereits in der Tasche.

Ihr Kind Emilia würde heute nicht mehr leben, so Uhlig, wenn ihr die Eltern von Emilias Vater nicht Mut gemacht hätten ein Gespräch mit einer Schwangerenberaterin von KALEB zu suchen. Es sei, so Uhlig, „keine Schande, Hilfe anzunehmen“ und es sei „die beste Entscheidung“ ihres Lebens gewesen, ihr Kind zur Welt zu bringen.

Ärzte haben das Recht, Abtreibungen zu verweigern

Der Bundesvorsitzende von KALEB, Gerhard Steier (Berlin), machte Mut, „die Stimme für die Stummen“ zu erheben, die das selber nicht können.

Er äußerte sich „sehr traurig und betroffen“ über Ärzte und medizinisches Personal, „die von ihrem Recht, Abtreibungen zu verweigern, keinen Gebrauch machen“.

Das deutsche Grundgesetz wird umgangen

CDL-Mitglied Joachim Hadlich (Elterlein) mahnte, dass sich weder eheliche noch außereheliche Probleme lösen ließen, „indem man das eigene Kind auf dem Altar des Modegötzen Selbstverwirklichung“ opfere.

Viele Frauen litten jahrelang unter ihrer Schuld, das eigene Kind im Mutterleib abgetrieben zu haben. Mit dem Beginn einer Schwangerschaft habe Gott einem neuen Menschen das Lebensrecht verliehen. Dieses Wissen sei so alt wie das Wissen von Gott.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiere „jedem neuen Menschen das Lebensrecht von Anfang an und ohne jede Einschränkung“.

Journalisten, Politiker, Juristen und Theologen hätten sich, so Hadlich, dazu verabredet, „in Falle ungeborener Kinder die Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes zu umgehen, die jedem Menschen, selbst dem Massenmörder, unverletzliche Menschenwürde garantieren“.

Das vom Gesetzgeber flächendeckend organisierte System, das die massenhafte und institutionalisierte Tötung ungeborener Kinder ermögliche, sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der evangelische Pfarrer Eberhardt Schmoldt (Albernau) verwies auf Sprüche 14 in der Bibel und betonte, dass der Mensch überhaupt kein Recht habe „zu entscheiden, den oder die nicht annehmen zu können“. In Deutschland habe sich, so Schmoldt, „eine Ideologie breitgemacht, die nicht mehr Gottes Recht achtet, sondern Selbstbestimmung zum obersten Maßstab erhoben hat“.

Organisiert hatte den Schweigemarsch die CDL im Erzgebirge unter Vorsitz von Thomas Schneider (Breitenbrunn). Auch im nächsten Jahr soll wieder ein Schweigemarsch für das Leben stattfinden.

Weitere Infos: www.cdl-erzgebirge.de

CDL gratuliert verdienten Bundesvorstandsmitgliedern

Lebensschützer mit vollem Einsatz.

Mit großer Dankbarkeit für ihre hochgeschätzte und jahrzehntelange intensive Vorstandsarbeit gratulierte die CDL zwei wichtigen Gründungsmitgliedern der CDL zu ihren runden Geburtstagen. Am 9. Juli feierte Leo Lennartz seinen 80. Geburtstag und zwei Tage später konnten wir der Ehrenvorsitzenden von Baden Württemberg, Julia Schätzle, zur Vervollständigung ihres 70. Lebensjahres alles Gute wünschen.



Julia Schätzle



Leo Lennartz

Mit ganz außergewöhnlichem, vorbildlichem Engagement haben sich beide Bundesvorstandsmitglieder seit über zwei Jahrzehnten unermüdlich, mit großer Kompetenz und Hilfsbereitschaft, ohne Rücksicht auf teilweise massive Kritik seitens Politik wie Gesellschaft für das Lebensrecht jedes Menschen eingesetzt. Viele Dokumentationen und Positionspapiere der CDL gehen auch auf ihre eigene Feder oder auf ihre Initiative zurück. Durch unzählig viele Vortragsveranstaltungen, Diskussionen und Informationsstände haben sie die CDL

hochaktiv und selbstlos mit aufgebaut

und unsere Themen öffentlich gemacht. Wir sind dankbar dafür, wünschen Julia Schätzle und Leo Lennartz alles Gute, Gesundheit und Freude und vor allem Gottes reichen Segen.

DANIEL REINEN



Online-Umfrage: 92 % wollen „Babyklappe“ behalten

Der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet jetzt recht fair und wohlwollend von der „Babyklappe“ im Krankenhaus Waldfriede in Berlin-Zehlendorf. Dort gibt es die Möglichkeit der „anonymen Geburt“ und eine Babytüre, damit verzweifelte Mütter ihre Säuglinge abgeben können.

Die meisten Lebensrechtler sprechen sich für diese beiden Chancen aus, um Kinder zu retten und Müttern in Not zu helfen. Familienministerin Schröder und viele Politiker mit ihr wollen jedoch die sog. „Babyklappen“ beenden.

Interessant ist freilich eine online-Umfrage der erwähnten Zeitung zur Frage: „Sollen die Babyklappen abgeschafft werden?“ – Bis zum heutigen Vormittag (1. Mai) haben sich 5152 Personen beteiligt, von den 92 % gegen eine Abschaffung votieren, also für die Babytür eintreten; 8 % sind dagegen (also für die Abschaffung der Babytür).

Artikel und Umfrage des „Tagesspiegel“ gibt es unter: www.tagesspiegel.de/berlin/ein-besuch-das-maedchen-aus-der-babyklappe/6571304.html

CDL fordert Untersuchungsausschuss zu Abtreibungen

Die CDL sieht aufgrund der gestiegenen Abtreibungszahlen dringenden Handlungsbedarf der Bundesregierung.

„Der erneute Anstieg der Abtreibungszahlen, wie die aktuelle Mitteilung des Statistischen Bundesamts belegt, muß unsere Gesellschaft endlich alarmieren. Der Gesetzgeber ist schon im Jahre 1993 vom Bundesverfassungsgericht dazu aufgerufen worden, die Abtreibungszahlen genau zu beobachten und bei steigender Tendenz einen wirksameren Schutzmechanismus für die ungeborenen Kinder zu installieren. Wer wirklich an einer Hilfe für die betroffenen Frauen interessiert ist, sollte sich auch näher mit den Gründen befassen, warum eine Frau ihr Kind nicht austrägt.

Die Ängste der Frauen, ein Kind zu bekommen, nehmen zu und so treiben sie auch immer früher ab.

Der Anteil der hormonellen Abtreibungen mit Mifegyne® ist steigend. Die Auswirkungen dieser Methode unterscheiden sich grundlegend von denen der anderen Methoden und bedürfen dringend einer wissenschaftlichen Untersuchung/Begleitung.

Einerseits müssen die Frauen das Mittel selbst einnehmen und den teilweise mehrere Tage dauernden selbst ausgelösten und nicht mehr aufzuhaltenden Tötungsprozess in ihrem Körper aushalten, andererseits gelangen die Hormonsubstanzen in das Abwasser und beeinflussen dadurch auch die sonstige Umwelt. So ist es zwingend notwendig, daß der Gesetzgeber endlich eine nähere Untersuchung der Ursachen und der Begleitumstände von Abtreibungen, sowie deren Anstieg durch einen Ausschuß des Bundestages durchführen läßt, um, gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes, seiner Schutzpflicht für die ungeborenen Kinder und deren Mütter wirkungsvoller nachkommen zu können.“



CDL-Landesmitgliederversammlung von Baden-Württemberg in Donaueschingen

Schwarzwald-Baar-Heuberg / Donaueschingen Als charmante und versierte Rednerin präsentierte sich die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben e.V. Mechthild Löhr bei ihrem Vortrag zum Thema: „Neue Angriffe auf die Menschenwürde und den Lebensschutz“ anlässlich der Landesmitgliederversammlung der CDL im Hotel Grüner Baum in Donaueschingen-Allmendshofen.

Zwischenzeitlich dominieren Frauenrechte vor Kinderrechten

Mechthild Löhr zeigte die Entwicklungen des Lebensschutzes am Beginn des Lebens und zu den derzeit geführten Diskussionen am Lebensende auf. Die Unternehmensberaterin und seit 2002



Mechthild Löhr (m.), Josef Dichgans und Maria Wiedebach (l.)

auch Bundesvorsitzende der CDL erinnerte an die Anfänge der Abtreibungsdiskussionen, die damals die Abtreibung als Frauenrecht forderten. Leider musste sie feststellen, dass zwischenzeitlich Frauenrechte vor Kinderrechten dominieren, obwohl die Verfassung beide Rechte gleichrangig wertet. Demzufolge gibt es bei der gegenwärtigen Abtreibungspraxis mit dem Beratungsschein nur ein geduldetes Lebensrecht für die ungeborenen Kinder in unserem Land. Andererseits wird versucht, das Schicksal der Kinderlosigkeit von Eltern durch Reproduktion abzuschaffen. Es ist wichtig zu wissen, dass 97 Prozent der Behinderungen erst im Laufe des Lebens auftreten und nur 3 Prozent mit der Geburt.

Die CDL-Bundesvorsitzende bemängelte die enormen Defizite bei der Erforschung der Spätfolgen für die Frauen, die durch eine Abtreibung entstehen. Leider würde diese Thematik noch allzu oft unter den Teppich gekehrt. Die Primärkosten für eine Abtreibung übernimmt in der Regel die Staatskasse, während die Folgekosten von allen Krankenversicherten zu tragen sind. Als Grundübel bezeichnete Mechthild Löhr die weit verbreitete Akzeptanz der vielen Abtreibungen.

Mittels ganz neuer Bluttests, die von einer Firma in Konstanz durchgeführt werden, könne die komplette DNA eines ungeborenen Kindes festgestellt werden. Diese Tests sind ziemlich harmlos, kosten aber einiges an Geld. Damit erfahren schwangere Frauen etliche Details über ihren Embryo und es können genetische Erkrankungen diagnostiziert werden. Mechthild Löhr befürchtet infolge dieser neuen Bluttest, dass eine Schwangerschaft auf Probe im Vormarsch ist. Allen Beteiligten müsse dabei klar sein, dass jedes ungeborene Kind einmalig ist.

Ferner verlangte die CDL-Bundesvorsitzende mehr für die Suizidprävention zu tun, da in aller Regel ein Suizid die Folge einer Depression sei. Deshalb muss jede Mitwirkung zum Suizid unter Strafe gestellt werden. Suizid ist zur Privatsache geworden

und wird vom Staat nicht kontrolliert. Wird jedoch mit der Babyklappe das Leben eines Kindes gerettet, muss die Polizei aktiv werden. Die CDL-Bundesvorsitzende forderte die CDL-Mitglieder dazu auf, Zeugnis zu geben für den Lebensschutz. Große Hoffnung setzte sie in die junge Generation, die genau hinsieht und die Dinge und Entwicklungen hinterfragt.

Der CDL-Landevorsitzende Josef Dichgans aus Überlingen dankte der Referentin für ihren wertvollen Vortrag. Außerdem informierte er in seinem Arbeitsbericht über die jüngsten Gespräche mit den Bischöfen beider Kirchen im Land und in einer Resolution wurde die Einführung des Betreuungsgeldes gefordert.

Erhörte Gebete

Ein Mann ruft zum Himmel: „Oh Gott, warum schickst Du uns nicht Menschen, die Krebs und Aids heilen, die den Hunger in der Dritten Welt lindern, die für den Frieden eintreten?“

Die Antwort des Himmels: „Ich habe sie längst geschickt!“

Erstaunte Nachfrage: „Wo sind sie denn?“

Erklärung von oben: „Ihr habt sie umgebracht.“

Entsetzt ruft der Beter: „Davon weiß ich aber nichts!“

Letztes Wort des Himmels dazu: „Ihr habt sie abgetrieben!“

Die Würde des Menschen war unantastbar

Unter diesem Titel hielt die dreifache Mutter und Buchautorin Alexandra Maria Linder, stellv. Bundesvorsitzende von AlFA, einen Vortrag auf Einladung des CDL-Kreisverbandes Lahn-Dill und Kaleb einen sehr interessanten Vortrag. In seiner Begrüßung freute sich der CDL-Kreisvorsitzende Daniel Steinraths besonders, den CDU-Landtagsabgeordneten Jürgen Irmer unter den Anwesenden zu sehen.

Am Anfang ihres Vortrages betonte Alexandra Maria Linder, daß es für die Lebensrechtler keine Diskussion darüber gäbe, ob ein Mensch mehr wert wäre als ein anderer: „Alle Menschen sind gleich, haben das gleiche

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, von der Zeugung bis zum Tod.“ Doch leider zeige die Wirklichkeit, daß das heute nicht mehr so sei. Die Referentin betonte, daß in den vergangenen 30 Jahren allein in Deutschland fast neun Millionen Kinder nicht das Licht der Welt erblicken durften. Die heutigen demographischen Probleme hätten hier ihren Ursprung. Heute gäbe es immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter, die die nächste Generation auf die Welt bringen könnten, da sie in der Vergangenheit abgetrieben wurden. Linder

Alexandra Maria Linder

warnte: „Wir bezahlen mit Steuergeldern die Tötung unserer Kinder (in Deutschland ca. 70 Millionen Euro pro Jahr) und töten damit unsere eigene Zukunft.“ Mit einem Verweis auf Holland stellte Linder einen direkten Vergleich von Abtreibung und Suizid her. „In Holland gab es sowohl das erste Abtreibungsgesetz wie auch das erste Euthanasiegesetz und jetzt auch die erste ‚Lebensbeendigungsklinik‘ ... Die Euthanasiegesetze sind Folge der Abtreibungsgesetze - und so geht es nicht mehr nur um Ungeborene, Behinderte und Alte, es geht inzwischen um uns alle“. Es gäbe in Holland inzwischen einige Fälle von nach dem geltenden Euthanasiegesetz getöteten Menschen, wo die betroffene Person nicht ausdrücklich den Todeswunsch selbst geäußert hätte. Diese angebliche Entscheidung wurde dann von den Angehörigen vortragen. So verwundere es auch nicht, daß immer mehr betagte Holländer in anderen Ländern einen Altenheimplatz suchen würden.

Zum Schluß sah die Referentin dennoch mutmachend in die Zukunft. Gerade jüngere Menschen wären wieder bereit, sich mit Lebensrechtsfragen positiv zu beschäftigen.

Erst wenn Schwangerschaften wieder als Glück und nicht als Katastrophe angesehen würden, könnte sich in der Gesetzgebung wieder etwas ändern.

UNITED STATES



USA: Lebensrecht für alle statt Abtreibung

In den USA wendet sich die konservative Republikaner-Partei seit jeher gegen Abtreibung, die Demokraten hingegen haben die Legalisierung (gesetzliche Freigabe, Straffreiheit) vorangetrieben. Freilich gibt es in beiden Parteien auch „Abweichler“ in dieser Frage, bei den Demokraten kein Geringerer als Jimmy Carter.

Der frühere amerikanische Präsident Carter möchte das Parteiprogramm ändern, so daß es Lebensrechtlern leichter fällt, ihre Stimme den Demokraten zu geben. Die linksliberale Partei steht für „Recht“ der Frauen auf Abtreibung und stützt das Grundsatzurteil des Obersten Gerichts von 1973, das Abtreibung legalisiert hatte.

Seither sind in den USA schätzungsweise mehr als 54 Millionen Kinder im Mutterleib vernichtet worden. Präsident Obama hat erst vor kurzem die größte Abtreibungsorganisation „Planned Parenthood“ (Mutterverband von „pro familia“) gewürdigt und ihr weitere staatliche Unterstützung zugesagt.

Die Republikaner heben in ihrem Parteiprogramm das „fundamentale Lebensrecht“ ungeborener Kinder hervor. Zu ihrem Schutz streben sie einen Verfassungszusatz an. Auch sollen keine Steuergelder zur Förderung von Abtreibung verwendet werden.

Pillen aus Föten

Einen grausamen Fund machten Zollbeamte in Südkorea. Insgesamt 17.000 Kapseln stellten sie in den vergangenen zehn Monaten sicher, die aus China eingeschmuggelt werden sollten.

Inhalt der Kapseln war getrocknetes, pulverisiertes Menschenfleisch von Föten und toten Babys. Südkoreaner bezahlen pro Kapsel 27 Euro. Sie erhoffen sich eine Steigerung ihres Leistungsvermögens und die Heilung von Krankheiten. Unterdessen warnte die südkoreanische Behörde vor den Kapseln, die aufgrund ihrer gefährlichen Substanzen, wie Bakterien, tödliche Wirkungen hätten.

BUCHTIPP

Abby Johnson – Lebenslinie

Die Chefin einer Abtreibungsklinik tritt von ihrem Posten zurück und schließt sich den Demonstranten auf der Straße an. Eine dramatische Kehrtwende, die es bis ins Fernsehen schafft: Wie reagiert ihr Arbeitgeber, die Organisation „Planned Parenthood“? Das berichtet Abby Johnson in ihrem Buch, das in den USA für Furore sorgt und bereits 100.000 mal verkauft wurde. Erstmals erfährt der Leser hier Details aus dem Alltag einer Abtreibungsklinik- und blickt tief in die Seele einer Frau, die beide Seiten des Konflikts um Mütter und ihre ungeborenen Babys erlebt hat



Sankt-Ulrich-Verlag, ISBN: 978-3-86744-210-7
gebunden, 272 Seiten, 14 cm x 22 cm
19,95 Euro (D) / 28,50 sFr / 20,60 Euro (A)

Mütter sind keine Legehennen!

Zur aktuellen Diskussion um das Betreuungsgeld erklärt die Landesvorsitzende der Jungen Union Bayern, Katrin Albsteiger:

„Die Junge Union Bayern steht uneingeschränkt hinter dem von der Regierungskoalition vereinbarten Betreuungsgeld. Die Koalitionäre, die sich jetzt gegen das Projekt wenden, müssen sich fragen lassen, warum sie für den Koalitionsvertrag im Jahr 2009 die Hand gehoben haben, wenn sie sich nun einem zentralen Projekt dieses Vertrags verweigern wollen. [...]

Wir wenden uns gegen eine linksideologische, einseitige Überhöhung der staatlichen Betreuung als allein wünschenswerten Weg. Genauso wenden wir uns dagegen, dass die Wirtschaft das Kinderkriegen allein unter der Perspektive der möglichst schnellen Wiedereingliederung in den Produktionsprozess sieht. Mütter sind keine Legehennen.“

Auszug aus der Pressemitteilung der Jungen Union Bayern vom 2. April 2012 (5/2012)

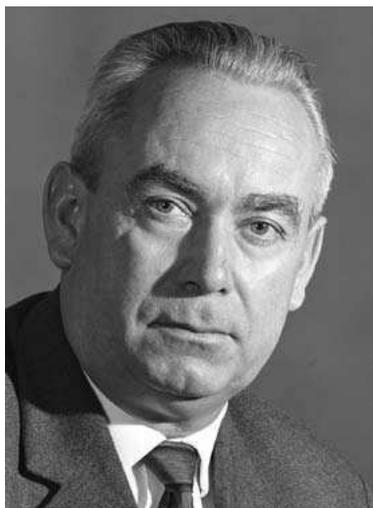


Bruno Heck (CDU): Die Familie vermittelt menschliche Werte, die sonst zu kurz kommen

„Unsere Wirtschaftsgesellschaft ist oft in Gefahr, nur die „Marktleistung“ zu zählen, nicht aber die verborgenen, unersetzlichen personbildenden Leistungen der Familien für die nächste Generation.“

Wird diesen Leistungen der Familie der ihnen zukommende Wert versagt, lebt die Wirtschaftsgesellschaft auf Kosten ihrer eigenen Substanz. [...]

Unsere Marktwirtschaft setzt funktionsfähige Familien voraus, die das an menschlichen Werten vermitteln, was im wirtschaftlichen Wettbewerb zu kurz kommt.“



Dr. Bruno Heck († 1989)

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Bruno Heck war Bundesfamilienminister von 1962 – 1968
Zitiert aus dem Buch von Max Wingen: Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme, Stuttgart 1997, S. 45.

Mißachtung von Familie durch Bundestagsabgeordnete

Der frühere stellvertretende Bundesvorsitzende der CDL, Roland Rösler, kommentiert in einer Stellungnahme die Haltung von SPD- und Grünenabgeordneten im Bundestag zur Abstimmung über das Betreuungsgeld als blanke Verhöhnung allgemein üblicher parlamentarischer Sitten. Nachdem es zwischen den Fraktionen ausgemacht war, daß dieses Gesetz beraten werden sollte, war die Abwesenheit zahlreicher Abgeordneter – und damit die Verhinderung einer Abstimmung – ein offensichtliches Zeichen der Mißachtung von Ehe und Familie in diesen Fraktionen.

„Bei keinem Tierschutzgesetz, wo man auf die ‚natürliche Pflege‘ der mütterlichen Sorge besonders achtet, wären Abgeordnete auf solch eigenartige Vorstellung gekommen“, meinte der engagierte Lebensrechtler Rösler.

Mit dieser Einstellung wurde heute in keiner Weise im Bundestag erkennbar, daß das Bundesverfassungsgericht über „Ehe und Familie“ einst geurteilt hatte, daß:

„Ehe ist auch für das Grundgesetz die Vereinigung eines Mannes und einer Frau zu einer grundsätzlich unauflösliehen Lebensgemeinschaft, und

Familie ist die umfassende Gemeinschaft von Eltern und Kindern, in der den Eltern vor allem Recht und Pflicht zur Pflege und Erziehung der Kinder erwachsen.

Dieser Ordnungskern der Institute ist für das allgemeine Rechtsgefühl und Rechtsbewusstsein unantastbar.“

(BVerfGE 10, 59/66)

„Förderung der Selbsttötung“

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL), Martin Lohmann, kritisiert den geplanten § 217 als „Förderung der Selbsttötung“

„Das geplante Verbot lediglich der „gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung“, den die Justizministerin vorgelegt hat, greift zu kurz. Es darf in einem Land, das sich der Unantastbarkeit der Würde des Menschen verpflichtet weiß, überhaupt keine wie auch immer geartete „Förderung“ des Selbstmordes geben. Es muss daher



DANIEL RENNING

nicht nur ein Verbot der gewerblichen Beihilfe oder Förderung des Suizids geben, sondern auch ein Verbot einer ehrenamtlichen oder sonst wie organisierten Hilfe bei der Selbsttötung.

Auch und gerade dann, wenn Menschen aus welchen Gründen auch immer ihrem Leben ein irdisches Ende setzen wollen, darf es keinen Zweifel daran geben, dass wir einer Kultur des Lebens und der Lebenshilfe verpflichtet sind, nicht aber einer Unkultur des Tötens. Wer sich selbst töten will, tut dies meist auch deshalb, weil er nicht die nötige und mögliche Hilfe und Unterstützung seiner Mitmenschen bekommt und sich allein gelassen fühlt. Darum muss immer gelten: Hilfe zum Leben muss geboten, Beihilfe zur Selbsttötung hingegen verboten sein. Daher gilt: Jede Beihilfe zum Suizid muss verboten sein!“

Weitere Infos: www.bv-lebensrecht.de

Jahrestagung der „Ärzte für das Leben“

Die diesjährige Tagung der „Ärzte für das Leben“ stand unter dem Thema: „Technische Manipulationen am Lebensanfang: Bedeutung für die Menschenrechte“

Dabei äußerten sich die „Ärzte für das Leben besorgt: [...] „Die Einordnung der Ungeborenen in verschiedene Güteklassen wird nicht auf die PID und auch nicht auf die Ungeborenen begrenzt bleiben. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Anzahl der Möglichkeiten der technischen Selektion zunehmen wird. Zudem stellt die allgemeine Akzeptanz des Selektionsgedankens die Rechte geborener Menschen mit Behinderungen ernsthaft in Frage.“

Kongress, der den Selbstmord propagiert

Bischof Huonder von Chur wendet sich gegen „Kongress, der den Selbstmord propagiert“

Das Bistum Chur reagierte kritisch auf den „Sterbehilfe-Weltkongress“.

„Vor einem Kongress, der den Selbstmord propagiert, wollen wir die Standpunkte der katholischen Kirche in Erinnerung rufen“, sagte Bischof Vitus Huonder



WWW.BISCHOFECH

Mgr. Dr. Vitus Huonder

Der Bischof sorgt sich auch um die gesellschaftliche Signalwirkung, wenn der assistierte Suizid (Selbstmord mit ärztlicher Assistenz/Begleitung) eines Tages als rechtens gelte.

Wer dann als Schwerkranker sein vermeintliches „Recht“ auf Selbstmord ablehne, könnte gerade in einer überalterten Gesellschaft schon bald als „egoistisch“ gelten, erklärte der katholische Oberhirte von Chur.

Quelle: SonntagsZeitung (Schweiz) vom 16.6.2012

„Der größte Zerstörer des Friedens ist heute der Schrei des unschuldigen, ungeborenen Kindes.“

Mutter Teresa von Kalkutta
am 10.12.1979 in Oslo

Nach einer anthropologischen Betrachtung dessen, was es heißt, Mensch zu sein, setzte sich der wissenschaftliche Teil der Tagung deshalb mit neuen Möglichkeiten auseinander, genetische Anomalien des Fötus im Blut der Mutter festzustellen. Auch wurden Techniken, die durch Erzeugung von Mensch-Tier-Mischwesen die Infragestellung der personalen Einmaligkeit des Menschseins auf neue Weise forcieren, vorgestellt. Es folgte eine Betrachtung der Bedeutung solcher Entwicklungen für behinderte Menschen in unserer Gesellschaft.

Wir gratulieren den neuen Vorsitzenden Prof. Dr. med Paul Cullen und Dr.med. Erwin Grom zur Wahl und wünschen Ihnen und Ihren Mitstreitern viel Erfolg und Gottes Segen. Wir freuen uns auf die gute Zusammenarbeit.

TERMINE



- 14.–16.9. Kongress: „Freude am Glauben“
Aschaffenburg
www.forum-deutscher-katholiken.de
- 22.9. „Marsch für das Leben“, Berlin
www.marsch-fuer-das-leben.de
- 20.10. CDL-Bundesmitgliederversammlung, Mainz
- 3.11. Landesmitgliederversammlung
Düsseldorf
25 Jahre CDL-NRW
- 2.–4.12. CDU-Bundesparteitag, Hannover

Beratung und Hilfe für Schwangere

01 80 - 36 999 63 · www.vita-l.de

vitaL
Es gibt Alternativen

IMPRESSUM

Christdemokraten
für das Leben e.V.
48167 Münster
Schlesienstr. 20
Telefon: 0251-6285160
Telefax: 0251-6285163
E-Mail: info@cdl-online.de
Internet: www.cdl-online.de

Redaktion: Mechthild Löhr, Odila Carbanje

Satz + Gestaltung: Daniel Rennen, www.dare.de
Titelmotiv Kopfzeile: NiDerLander, Fotolia.com

Hauptversammlung der CDL im Kreis Göppingen

Die Christdemokraten für das Leben haben einen neuen Kreisvorstand gewählt. In ihrem Amt als Kreisvorsitzende wurde Maria Wiedeback bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Barbara Denk und Rainer Heer gewählt. Pressereferent bleibt Axel Raisch, Schriftführerin Silke Weisbarth. Zu Beisitzern wurden Franz Brecht, Paul Henze, Ingrid Laquai, Siegfried Riedmüller, Klaus Riegert MdB sowie Mathilde Zepf gewählt.

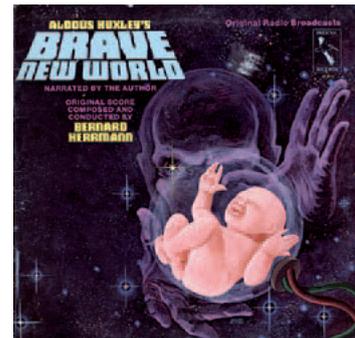
Im ersten Halbjahr 2012 werden die Christdemokraten für das Leben neben einem Infostand in der Göppinger Fußgängerzone, einem Medienabend sowie einer Vortragsveranstaltung mit dem Katholischen Aktionskreis für das Leben (KAL) in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, die traditionelle Gebetsstunde für das Leben in der Jakobskirche in Eislingen-Krummwälden abhalten.

Schockierende Entwicklung

Das Statistische Bundesamt meldet ein neues Rekordtief bei den Geburten in Deutschland. 2011 wurden mit 663.000 Kindern 15.000 weniger geboren als noch im Jahr zuvor.

Gleichzeitig wird für das erste Quartal 2012 ein Anstieg der Abtreibungszahlen um 0,4 % auf 29.100 gemeldet. Wenn man berücksichtigt, daß in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter um rund 1,5 Millionen geschrumpft ist, wird einem die katastrophale Lage, in der wir uns in Deutschland befinden, erst richtig bewußt.

Auf der 28. Jahrestagung der Europäischen Gesellschaft für Reproduktionsmedizin wurde bekannt gegeben, daß in diesem Jahr die Fünf-Millionen-Marke bei den weltweit auf künstlichem Wege im Labor erzeugten Kinder erreicht würde. Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“ wird immer realistischer.



Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende! Unser Spendenkonto:

Sparkasse Meschede · Konto 2584 · BLZ 464 510 12

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung. Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.